

Globale Ökokrise – ein »hartes Thema« für Gewerkschaften?

I.

Wir hatten in der Vergangenheit versucht, mit dem Begriff »Umbruchperiode« Grundtrends gegenwärtiger innergesellschaftlicher wie globaler Existenz- und Politikbedingungen zu charakterisieren.¹ In der Tat werden die achtziger und neunziger Jahre dieses Jahrhunderts als Umbruchperiode in die Weltgeschichte eingehen – aber in anderem Sinne als seinerzeit gedacht. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und das Ende der Systemkonkurrenz drücken heute allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen ihren Stempel auf. Wo liegen die Krisen- und Konfliktlinien des postsozialistischen Kapitalismus, die die Auseinandersetzungen der Zukunft bestimmen werden? Frank Deppe hat dies selbst als zentrales Problem der marxistischen Diskussion heute thematisiert.² Dabei stehen die neuen Entfaltungsformen der Internationalisierung (reiche und arme Nationen, Nord-Süd-Konflikt) und die innergesellschaftlichen Polarisierungen (neue Armut, soziale Ungleichheit, neuer Nationalismus usw.) im Mittelpunkt.

Ein wichtiges Diskussionsfeld der letzten Jahre betraf die sogenannten globalen Probleme als potentiellen Dreh- und Angelpunkt nationaler wie internationaler Politik. Ihre Thematisierung ergab sich sowohl aus dem mit dem Stichwort »Neues Denken« verbundenen Politikkonzept wie, besonders hierzulande, aus der prägnanten Zuspitzung der neuen Erfahrungen von globalen Bedrohungen und Risiken zum Konzept der »Risikogesellschaft«. In einer Diskussion mit Ulrich Beck hat Frank Deppe die Brisanz globaler Probleme, besonders der globalen Umweltkrise, nachhaltig unterstrichen und als »hartes Thema« zukünftiger Politik, damit aber auch linker Strategiediskussion unter den Bedingungen der neuen Weltkonstellation gekenn-

1 Vgl. Zukunft der BRD – Linke Alternativen. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Frankfurt/M. 1985.

2 Deppe, Frank: Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der Marxistischen Theorie, in: »Z«. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, H. 5, 1991, S. 26 ff.

zeichnet.³ Bloßer Tribut an die Erkenntnis, daß die globalen Probleme »auch« wichtig sind? Oder Zugang zu einem Politikkonzept, bei dem klassische Konfliktfelder (Ausbeutung, Herrschaft, imperialistische Globalbeziehungen) und neue »harte Themen« (Nord-Süd, Ökokrise) in neuer Mischung gesehen werden? Die Umwälzung der gesellschaftlichen Konfliktstruktur zwingt alle politischen und sozialen Akteure zu weitreichenden Neueinstellungsprozessen. Das betrifft auch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

II.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der bipolaren Struktur der Weltpolitik sind die sogenannten »globalen Probleme« – insbesondere Unterentwicklung und globale Ökokrise – neu zu verorten. Welchen Stellenwert werden sie unter den neuen Bedingungen einnehmen, welche Dynamik werden sie entfalten, gibt es Ansatzpunkte, um sie zu entschärfen?

Seit den siebziger Jahren ist zunehmend deutlich geworden, daß die Menschheit sich auf eine unmittelbare Überlebenskrise zubewegt.⁴ Das per saldo nicht reproduktive, mit Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und kurzsichtiger Ressourcennutzung verbundene Naturverhältnis der menschlichen Gattung – das es ihr ermöglichte, sich den gesamten Globus »untertan« zu machen und das zugleich die Grundlage ihres explosiven Bevölkerungswachstums ist – droht ihr nun zum Verhängnis zu werden. Unbeschadet unterschiedlicher Erklärungsansätze sind sich die verschiedenen Global-Studien in der Beschreibung dieses Grundtrends einig.⁵ Dies schließt die Überzeugung ein, daß die für eine radikale Wende im Verhältnis der Menschheit zur Biosphäre noch zur Verfügung stehende Zeit sich nicht nach Jahrhunderten, sondern nur noch nach Jahrzehnten bemißt.

3 Chancen einer Zwischenpolitik. Beobachtungen zum Strukturwandel der Opposition. Ein Gespräch zwischen Ulrich Beck und Frank Deppe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/1991, S. 402 ff.

4 Gärtner, Edgar: »Überlebenskrise«, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1991, Bd. 3, S. 636 ff.

5 Eine Übersicht geben: Bömer, Hermann: »Globale Probleme«, in: ebd., Bd. 2, S. 460 ff., Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1990; Friday, Laurie/Lasky, Ronald: The fragile Environment, Cambridge 1991; OECD, The State of the Environment, Paris 1991; State of the World 1991. A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society, New York/London 1991.

Die achtziger Jahre waren für die Bewältigung der globalen Probleme ein verlorenes Jahrzehnt. Armut und Hunger, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung haben – sich dabei wechselseitig verstärkend – zugenommen. Sie sind nur im Kontext zu betrachten.⁶

Trotz aller ihrer inneren Differenzierungen bleibt der Gegensatz der Länder der unterentwickelten Dritten Welt – des »Südens« mit drei Vierteln von rd. 5,3 Milliarden Menschen und einem Anteil an Weltproduktion und -Handel von etwa 20 Prozent – zu den großen entwickelten kapitalistischen Industrieländern – dem »Norden« mit zwei Dritteln der Weltproduktion und 0,6 Milliarden Menschen – unübersehbar. Die Schuldenlast der Drittweltländer hat sich zwischen 1980 und 1990 von 650 auf 1 340 Milliarden Dollar verdoppelt. Ihre Stellung am Weltmarkt wurde nachhaltig geschwächt – Ausdruck sind die zu ihren Ungunsten veränderten Austauschverhältnisse (Terms of Trade). In den achtziger Jahren haben sich die Lebensbedingungen im Durchschnitt für etwa die Hälfte der Menschheit absolut verschlechtert: In Afrika, in Lateinamerika, im Nahen Osten und in Asien mit Ausnahme der VR China und einiger Schwellenländer ging die Pro-Kopf-Produktion absolut zurück.

Die Zahl der sich auf Drittweltländer konzentrierenden Armen ist nach Berechnungen der UNFPA in den letzten zwanzig Jahren auf eine Milliarde gestiegen. Obwohl die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten hat, hat die Zahl der unterernährten Menschen nicht ab-, sondern zugenommen. Die UNFPA befürchtet, daß sie im laufenden Jahrzehnt auf über 530 Millionen steigen wird. Der Zusammenhang zwischen Verarmung, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung ist in Afrika besonders kraß: Reduzierung der Ackerfläche pro Einwohner von einem halben Hektar 1965 auf 0,3 Hektar 1987; absoluter Rückgang der durchschnittlichen Kalorienversorgung pro Kopf in den 80er Jahren; intensivere Bodennutzung mit der Folge, daß die Brachezeit für die Regeneration der Bodenfruchtbarkeit z.T. nicht mehr ausreicht, Rodung weiterer Waldflächen, Zunahme der Bodenerosion.⁷ Ein kaum noch zu stoppender Kreislauf.

Neben der Zerstörung der Böden und des Waldes in Ländern der Dritten Welt sind die klimatischen Folgen der mit Waldrodungen, steigendem Energieverbrauch (CO₂), Ausweitung von Bewässerungsfeldbau und Viehhaltung

6 Die folgenden Angaben nach IWF, Weltbank, FAO und anderen UN-Organisation (lfd. Presse), sowie: Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Weltbevölkerungsbericht 1990. Entscheidungen für das nächste Jahrzehnt, Bonn 1990.

7 Angaben der FAO, ohne Südafrika, Frankfurter Rundschau v. 13. und 16. 4. 1991.

(Methan), FCKW-Produktion und Motorisierung verbundenen Zunahme von Treibhausgasen das drängendste globale Umweltproblem. Anfang der 90er Jahre entfielen auf die Industrieländer bei FCKW vier Fünftel, bei fossilen Brennstoffen drei Viertel des Verbrauchs. Bei Stabilisierung der Kohlenstoffemissionen der industrialisierten Länder (pro Kopf-Quote) bis 2025 und bei Beibehaltung der gegenwärtigen Zuwachsrates der Drittweltländer berechnet die UNO-Kommission eine Verdreifachung der jährlichen Emissionen. Damit dürfte die Schwelle zu einer nicht mehr kontrollierbaren und reversiblen Entwicklung längst überschritten sein.⁸

Noch Mitte der achtziger Jahre war angesichts der damaligen Bevölkerungsdynamik von einer Stabilisierung der Weltbevölkerung am Ende des nächsten Jahrhunderts bei ca. 10,2 Milliarden Menschen ausgegangen worden. Diese Prognose ist inzwischen hinfällig. Ein Stabilisierungsniveau von 11 Milliarden Menschen ist unter bestimmten Umständen denkbar, jedoch ist auch ein Anwachsen der Weltbevölkerung auf bis zu 14 Milliarden nicht auszuschließen. Angesichts dieser Trends muß neben der Reduktion des Bevölkerungswachstums die Umweltstabilisierung ins Zentrum jeder Alternativstrategie rücken. Sie ist entscheidende Grundlage für den Erhalt globaler Lebensgrundlagen.

Der UN-Bericht unterstreicht, daß bei Ressourcenverbrauch und Abfallproduktion die Industrieländer den mit Abstand größten Anteil haben. »Diese Länder sind die Hauptverantwortlichen für die Schädigung der Ozonschicht, die Versauerung von Böden und für etwa zwei Drittel der Erwärmung der Erdatmosphäre.« Zugleich sind es diese reichen Länder bzw. ihre multinationalen Konzerne und staatlichen Apparate, die über die entscheidenden Forschungs- und Technologiekapazitäten verfügen und die durch ihre Beherrschung des Weltmarktes die inneren Entwicklungspotentiale der Drittweltländer einengen und damit deren endogene Faktoren der Unterentwicklung verstärken.

Zwischen Unterentwicklung, Hunger, globaler Umweltzerstörung und kapitalistischen Weltmarktbeziehungen sowie profitorientierter Produktivkraftentwicklung besteht insofern ein ursächlicher Zusammenhang.⁹ Der fundamentalistische Versuch, diesen Zusammenhang politisch auf den einen Nenner zu bringen »Was also soll ökologische Politik anderes sein als antika-

pitalistisch«¹⁰, verharret jedoch nur auf einem Standpunkt abstrakter Kapitalismuskritik und -negation. Demgegenüber hat Frank Deppe zu Recht die Notwendigkeit betont, »die Schranken der kapitalistischen Entwicklung, die durch die sogenannten globalen Risikolagen und Gefahrenpotentiale (z.B. die staaten- und systemübergreifenden ökologischen Schädigungen) erzeugt werden«, auszumachen und »im Widerspruch zwischen der unumschränkten Verfolgung des kapitalistischen Profitinteresses auf der einen und einer – dem einzelnen und unmittelbaren Profitinteresse auch entgegenstehenden – Sicherung menschlicher Existenzbedingungen und der natürlichen stofflichen Voraussetzungen auch der kapitalistischen Produktion« Ansatzpunkte für eine Strategie der Linken zu entwickeln, die Chancen bieten kann, Kräfte gegen die Überlebenskrise der Menschheit zu mobilisieren.¹¹

Worin bestehen solche Schranken privater (monopolistischer) Kapitalverwertung im Zusammenhang mit globalen Risiken? Sie machen sich weniger in stofflich-wertmäßigen Veränderungen (etwa durch Ressourcenverknappung und -verteuerung, zunehmenden Anlagenverschleiß bzw. steigende Aufarbeitungskosten durch Verschmutzung von Wasser, Luft, Boden usw.) bemerkbar, sondern in erster Linie in subjektiven Faktoren wie einer ökologischen Sensibilisierung und der antizipierenden Abwehr solcher Risiken durch ökosoziale Bewegungen, Forderungen gesellschaftlicher Organisationen und politischer Parteien und dadurch bewirkte staatliche Regulierungsmaßnahmen (die gesamte, seit den siebziger Jahren etablierte und ausdifferenzierte Umweltgesetzgebung und -politik auf nationaler und zunehmend auch internationaler Ebene). Die neuen globalen Herausforderungen stellen sich heute als unmittelbar drängende gesellschaftliche Konflikte – als Massenthema in erster Linie in den industriell entwickelteren Ländern. Die Sensibilität für Umweltthemen ergibt sich sicher in besonderem Maße aus der (kulturell, medial, politisch vermittelten) Erfahrung von Umweltbelastungen in der eigenen Lebens- und Arbeitsumwelt. Ihre Brisanz erhalten sie aber erst dort, wo sie als globale Überlebensprobleme verstanden werden.

8 Vgl. Schutz der Erde. Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik. Dritter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre«, Bonn 1990.

9 Vgl. Tjaden, Karl Hermann: Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik von Mensch und Natur, Marburg 1990.

10 Dittfurth, Jutta: Radikalökologische Politik und Antikapitalismus, in: Utopie konkret, H. 1/1990, S. 81.

11 Deppe, Frank: Die neue Linke, in: Sozialismus H. 8/1990, S. 22.

III.

Die Herausforderung der globalen Ökokrise für eine gewerkschaftliche Strategiebestimmung wird durch eine Addition von Umweltschutz und traditionellen gewerkschaftlichen Zielsetzungen und Politikfeldern nicht zu bewältigen sein. Das Problem ist vielmehr, ob und wie sich die Voraussetzungen und Prioritäten gewerkschaftlicher Politik und Praxis insgesamt verändern. Die Grundfrage, wie sich Fortschritts- und Klassenkonflikte im »Risikokapitalismus« auf neue Weise miteinander verschränken und welche weitreichenden Neueinstellungsprozesse dies von den Gewerkschaften erfordert, bleibt auch nach den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatten der letzten Jahre ungelöst.¹²

Angesichts der neuen weltpolitischen Konstellation ist im Vergleich zu den achtziger Jahren eine Rückkehr zu den klassischen Themen der »harten« Politik prognostiziert worden.¹³ Neben dem Ticken der ökologischen Zeitbombe ist zweifellos durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in der DDR und in Osteuropa die soziale Frage – vor allem die Massenarbeitslosigkeit, die neuen Migrationsprozesse und die sozialen Spaltungen – zur aktuell beherrschenden Herausforderung für die Gewerkschaften geworden. Die klassische gewerkschaftliche Schutzfunktion hat an Gewicht gewonnen und ist dennoch nur durch eine Politisierung, d.h. durch direkte Eingriffe in die Wirtschaftspolitik überhaupt wahrzunehmen.

Michael Schneider hat vor der »Selbst-Kastration der Gewerkschaften« gewarnt, die in einer Beschränkung auf die traditionelle Interessenvertretung bestünde, und stattdessen vorgeschlagen, daß die Gewerkschaften anknüpfend an die Zukunftsdiskussion der achtziger Jahre »den öffentlichen Dialog über die großen Zukunftsfragen reorganisieren, also gegenüber den sich vordrängelnden nationalen und hegemonialen Interessen der neuen ökonomischen Supermacht Deutschland auf dem Primat der ungelösten Menschheits- und Gattungsfragen bestehen: der Frage der Abrüstung und der Rüstungskonversion, der Weltökologie und der Massenarbeitslosigkeit«.¹⁴

Die Ausstrahlung der Lebensweise in den führenden Industrieländern mit ihrem hohen Konsumniveau und ihren individuellen Freiheiten ist bis in die

osteuropäischen und Entwicklungsländer zu einem eigenständigen politischen Faktor geworden. Dennoch käme die globale Durchsetzung dieser Produktions- und Lebensweise einer ökologischen Katastrophe gleich. Wollen die Gewerkschaften in diesem künftig ökonomisch und politisch mächtigeren Deutschland die globalen Herausforderungen ernst nehmen, müssen sie auch über neue Maßstäbe an Gestaltungsforderungen nachdenken: Wie kann in den ökonomisch hochentwickelten Gesellschaften eine Produktions- und Lebensweise durchgesetzt werden, die drastisch weniger Müll und Gift produziert, die drastisch weniger Energie und Ressourcen vernutzt und nicht zuletzt: die drastisch umverteilt zugunsten selbstbestimmter Entwicklung der Völker des »Südens«?

Sicherlich verlangen solche Ansprüche erst einmal den Abschied von einem Gewerkschaftsverständnis als »Lohnmaschine«. Wie allerdings qualitative Gestaltungsansprüche die jeweiligen Inhalte und Felder gewerkschaftlicher Interessenvertretung verändern, wird Gegenstand eines konfliktreichen Erneuerungsprozesses sein. Umweltstabilisierung als Ziel einer Alternativstrategie erfordert Vorstellungen und praktische Ansätze eines umfassenden ökologischen Umbaus der Produktions- und Lebensweise, die bisher allenfalls in Ansätzen in den Gewerkschaften erkennbar sind.

Gleichwohl bestätigen alle Umfragen und Untersuchungen, daß im Bewußtsein der Bevölkerung nach wie vor Umweltschutz im Spitzenbereich der Dringlichkeitsskala liegt und ökologische Ziele eine breite Resonanz besitzen. Daß die allgemeine ökologische Sensibilisierung auch vom gewerkschaftlichen Kernbereich, der traditionellen Industriearbeiterschaft, mehrheitlich nachvollzogen wird, wurde nach der SOFI-Studie (1989) nunmehr auch in einer Bremer Untersuchung (1990) konstatiert.¹⁵ Eine deutliche Mehrheit begreift Umweltschutz und Arbeitsplätze nicht als harte Gegensätze; eine engagierte kritische Minderheit fordert darüber hinaus individuelles ökologisches Engagement ein.

Den Hinweis von Ulrich Beck¹⁶, daß das »grüne Thema« auch in den neuen Ländern der Ex-DDR sehr hoch in Meinungsumfragen gewertet wird, bestätigt eine Berliner Untersuchung zum »Umweltkrisenbewußtsein ehemaliger DDR-Bürger« vom September 1990.¹⁷ Ähnlich wie in der Bremer

12 Vgl. hierzu Dörre, Klaus: Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«, in: Frank Deppe/Klaus Dörre/Witich Roßmann, Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln 1989, S. 16 ff.

13 So im Gespräch zwischen Ulrich Beck und Frank Deppe, a.a.O., S. 403.

14 »Freitag«, Nr. 21 v. 17. Mai 1991.

15 Vgl. Heine, Hartwig/Mautz, Rüdiger: Umweltbewußtsein von Industriearbeitern, Frankfurt/New York 1989; Roland Bogun/Martin Osterland/Günter Warszewa, »Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt?« Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Industriearbeitern, Berlin 1990.

16 Ulrich Beck im Gespräch mit Frank Deppe, a.a.O., S. 406.

17 Hegewald, Helmar/Schwenk, Herbert: Umweltkrisenbewußtsein ehemaliger DDR-Bürger, in:

Untersuchung hielten etwa ein Viertel der Befragten es für akzeptabel, in Fällen hoher Umweltbelastung Betriebe zu schließen. Zweifellos wird die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit inzwischen solche Befunde stark relativiert haben. Dennoch konstatiert die Berliner Untersuchung bei den analysierten Wertorientierungen ein hohes Maß an »Umwelt-Verantwortungsethik«, das sich aus dem Motiv der Zukunftssicherung speist, allerdings gleichzeitig mit einem starken Pessimismus insbesondere bei den jüngeren Generationen verbunden ist.¹⁸

Ob Handlungsimpulse zu einem ökologischen Engagement ausgelöst werden können, hängt in starkem Maße von der Rolle der Gewerkschaften ab. Diese wird aus der Sicht der Beschäftigten – so die Bremer Untersuchung – durch hohe Ansprüche und gleichzeitig strategische Ratlosigkeit beurteilt. Vermißt werden »inhaltliche Konzepte, Strategien und Perspektiven...«, die den Gewerkschaften ein eigenständiges Profil in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Wachstums- und Umweltprobleme und den Arbeitern verlässliche Orientierungen und Optionen geben könnten.¹⁹ Im Falle eines solchen eigenständigen Profils »dürfte eine ökologisch orientierte Gewerkschaftspolitik von der Mehrheit der Arbeiter getragen werden«.²⁰

Zwei Aspekte werden für die Entwicklung eines solchen ökologischen Strategiekonzeptes von zentraler Bedeutung sein: die soziale Verteilung ökologischer Risiken sowie die Kontrolle der Risikotechnologien, d.h. die Demokratiefrage.

Die von Ulrich Beck beschriebene »Globalisierung der Gefährdung« durch Risikotechnologien hebt die sozialen Unterschiede, Gegensätze und Antagonismen nicht auf. Entgegen seiner These einer »Egalisierung der Risikoverteilung« muß vielmehr eine deutliche Ungleichverteilung sozialer wie ökologischer Risiken konstatiert werden – und zwar im globalen Maßstab wie innerhalb der kapitalistischen Metropolen. Gerade diesen Zusammenhang wird eine gewerkschaftliche Politik zu berücksichtigen haben, die sich auf die neuen Fortschrittskonflikte bezieht.

Am Beispiel der Chemisierung von Arbeits- und Lebensumwelt sowie der Herausbildung unterschiedlicher Grenzwerte für Gefahrstoffkonzentrationen kann ein Ansatzpunkt eines gewerkschaftlichen Konzeptes der Arbeits-

ökologie deutlich gemacht werden²¹: Gefahrenproduktion und -definition – so Beck – »entziehen sich dem Arbeiterzugriff«²²; damit ist die Frage der Kontrolle – und zwar über unterschiedlich verteilte Betroffenheiten hinweg – als allgemeine Forderung nach Demokratisierung aufgeworfen.

Zugleich werden die besonderen Belastungen der Arbeitssphäre aufzugreifen und in Verbindung mit gesellschaftlichen Umweltschutzinteressen zu thematisieren sein. Die Auseinandersetzung um einzelne besonders umwelt- und gesundheitsgefährdende Gefahrstoffe zeigt, daß vielfach im außerbetrieblichen Umweltbereich zuerst Druck zu einer Verschärfung von Schutzbestimmungen bis zu Produktionsverboten führte, die dann in der Arbeitssphäre nachvollzogen wurde (Bsp. Asbest, Blei, PCB usw.). Die internationale Dimension liegt auf der Hand: Nicht nur aufgrund weltweiter Produktionsverflechtungen und oftmals ubiquitärer Auswirkungen von Risikotechnologien und Gefahrstoffen; auch die politische Thematisierung der Risiken und der Vergleich von Schutzrechten sind internationalisiert und wirken auf eine nationale Ökologiepolitik zurück. Wenn die Gewerkschaften diesen Kontext bewußt aufgreifen, kann aus der allgemeinen ökologischen Sensibilisierung wesentliche Schubkraft für einen arbeitsbezogenen Gesundheits- und Umweltschutz gewonnen werden.

Eine arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften kann – dies zeigen die Erfahrungen von Aktionen wie »Tatort Betrieb« (IG Metall) oder neuere tarifpolitische Diskussionen – den Betrieb und die Tarifpolitik als erprobte Handlungsfelder erschließen.²³ Erfolge sind dort sichtbar, wo die betrieblichen Akteure den Rückenwind einer sensibilisierten Umweltöffentlichkeit nutzen konnten. Eine arbeitsökologische Betriebs- und Tarifpolitik wird damit ebenfalls politischen Druck auf die staatliche Regulierung der Gefahrstoffproduktion ausüben können und Probleme eines ökologischen Umbaus thematisieren, um beispielsweise stoffliche und ökonomische Alternativen zur Expansion der Chlorchemie zu beschleunigen.

Eine Umkehr der globalen Krisentrends wird ohne radikale Reformen in den ökonomisch-politischen Beziehungen zwischen Metropolen und Drittweltländern²⁴, ökologisch orientierten Umbau des industriellen Produk-

Utopie kreativ, H. 6/1991, S. 80 ff. Die Meinungsumfrage wurde von der Stiftung Gesellschaftsanalyse e. V. und der Concret GmbH, Institut für angewandte Wirtschafts- und Sozialforschung, beide Berlin, durchgeführt.

18 Ebenda, S. 81/82.

19 Bogun u.a., a.a.O., S. 207.

20 Ebenda, S. 208.

21 Vgl. ausführlich Leisewitz, André/Pickshaus, Klaus: Arbeitsökologie – Ansatzpunkte für die Verbindung von gewerkschaftlicher Umwelt- und Gesundheitspolitik, in: Sozialismus H. 7/8-1991, S. 59 ff.

22 Beck, Ulrich: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt/Main 1988, S. 245.

23 Vgl. hierzu Pickshaus, Klaus: Gesundheitsschutz und Ökologie als tarifpolitische Gestaltungsfelder, in: WSI-Mitteilungen H. 3/1991, S. 188 ff.

24 Bömer, Hermann: Nord-Süd-Konflikt, globale Probleme und Reformpolitik. Überlegungen

tionssystem und tiefgehende Veränderungen einer mit Ressourcenvergeudung und Umweltzerstörung verbundenen Lebensweise in den Metropolen (Verkehr, Energie, Konsumtionsgewohnheiten usw.) nicht zu haben sein. Dies setzt, entgegen aller weitverbreiteten Marktwirtschaftseuphorie, den Ausbau und eine weitaus radikalere Handhabung gesamtgesellschaftlicher Regulierungsinstrumentarien voraus. Die Klimastabilisierung z.B., die über die Energieerzeugung und -verwendung faktisch die gesamte Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik berührt, wird »politische Maßnahmen beispielloser Eingriffsintensität« erfordern.²⁵ Daß solche Umbauprozesse einerseits relativ rasch möglich sind, zeigt etwa der (verzögerte) FCKW-Ausstieg der bundesdeutschen Industrie, der aber auch erkennen läßt, daß eine entscheidende Rolle dabei dem Wechselspiel von öffentlichem Druck und gesetzlicher Regulierung zukommt.²⁶ Die Gewerkschaften haben dabei bisher keine besonders vorantreibende Rolle gespielt.

Der gemeinsame Nenner ökologischer Alternativen kann in der Forderung nach Kontrolle und Demokratisierung zusammengefaßt werden, denn die Masse der Beschäftigten ist von Risikodefinitionen, Grenzwertfestlegungen und gefahrenträchtigen Investitionsentscheidungen ausgeschlossen. Kernelemente der neuen tarifpolitischen Konzepte bestehen im Ausbau individueller und kollektiver Mitbestimmungsrechte. Forderungen nach einer ökologischen Produktgestaltung und Ausweitung gesetzlicher Mitbestimmungsrechte auch auf den betrieblichen Umweltschutz können in den neunziger Jahren zu einem brisanten Konfliktfeld werden.

Ein ökologischer Umbau wird Kontrolle, Öffentlichkeit und Einflußnahme auf Konzern- und Branchenentscheidungen verlangen. Damit wird allerdings nicht behauptet, daß über eine Mitbestimmung der Beschäftigten naturwüchsig ökologische Umsteuerungen eingeleitet werden. Korporatistische Branchenkoalitionen wie in der Chemieindustrie belegen eher das Gegenteil. Ohne eine breite gesellschaftliche Diskussion über Risiken und mögliche Alternativen und eine Kooperation von Gewerkschaften, Umweltbewegung und allen an einem ökologischen Umbau interessierten Akteuren wird ein solcher Prozeß nicht einzuleiten sein.

angesichts des Scheiterns des Sozialismus, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung H. 3/1990, S. 28 ff.

25 Hennicke, Peter: Wie kann die Aufheizung der Erde verhindert werden? Eckpunkte eines CO₂-Reduktionskonzepts für die Bundesrepublik, in: Memo-Forum 15, 1990, S. 72 f.

26 Vgl. Schwarz, Winfried/Leisewitz, André: Der verzögerte Ausstieg. Der FCKW-Verbrauch der bundesdeutschen Industrie 1990/91. Studie der »Ökologischen Briefe« im Auftrag von Greenpeace, Hamburg 1991.

Damit Umweltthemen als globale Überlebensprobleme auch zum innergesellschaftlich brisanten Konfliktfeld werden, spielt ihre Thematisierung durch bewußtseinsbildende Minderheiten, durch Institutionen und Organisationen wie wissenschaftliche Forschung, Umweltinitiativen, international operierende Umweltorganisationen (Greenpeace z.B.), politische Organisationen usw. eine entscheidende Rolle. Handlungsbereitschaft ergibt sich dabei für große soziale Gruppen nicht aus abstrakten Krisenszenarien, sondern dann, wenn den eigenen Bedürfnissen entsprechende Alternativen greifbar werden.